

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Kämmereiamt

**Rechnungsabschluss 2005
hier: Rechenschaftsbericht 2005**

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	25.10.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	08.11.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Rechenschaftsbericht 2005 zur Kenntnis.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

Ziele des Stadtentwicklungsplans sind nicht betroffen, da es sich nur um nachträgliche, gesetzlich vorgeschriebene Informationen und formale Genehmigungen handelt, die das bereits abgelaufene Haushaltsjahr 2005 betreffen.

Begründung:

Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung ist die Jahresrechnung innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres vom Gemeinderat festzustellen. Das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Jahres 2005 und die Entwicklung des Vermögens und der Schulden sind im Rechenschaftsbericht 2005 dargestellt und ausführlich erläutert.

Da Grundvoraussetzung für die Dezentrale Ressourcenverantwortung die Vereinbarung von strategischen und operationalen Leistungszielen und eines Finanzziels (Budget) ist, hat die Verwaltung auch im Rahmen des Haushalts 2005 dem Gemeinderat für alle Amtsbereiche Zielvereinbarungen vorgelegt. Auf Basis dieser Zielvereinbarungen haben die Ämter Jahresberichte erstellt, die dem Rechenschaftsbericht beigelegt sind.

I. Allgemeines

Die Planung für das Haushaltsjahr 2005 und die anschließende mittelfristige Finanzplanung stand unter dem Vorbehalt der ungewissen finanziellen Verpflichtungen bzw. Beschränkungen, die den Kommunen aus dem Ziel der Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits auf unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts aufgegeben werden könnten. Der Haushaltserlass 2005 wurde im November 2004 veröffentlicht und berücksichtigte die Ergebnisse der Steuerschätzungen vom Mai und vom November 2004, das In-Kraft-Treten des zweiten Teils der letzten Stufe der Steuerreform 2001 und das Haushaltsstrukturgesetz der Landesregierung. Neben diesen finanziellen Rahmenbedingungen enthielten der Haushaltsplan 2005 sowie die mittelfristige Finanzplanung die vorläufigen Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV), der Umsetzung der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg und der Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände.

Bereits mit der Planung waren von den Ämtern und Fachbereichen folgende Finanzziele umzusetzen:

- Ausgleich der Besoldungs- / Vergütungs- und Lohnerhöhungen 2005 (Einmalzahlungen) bei gleichzeitiger Reduzierung zugunsten des Gesamthaushaltes um 1 % unter Berücksichtigung der Steigerung der Personalnebenkosten infolge der Erhöhung des Sanierungsgeldes bei der Zusatzversorgungskasse sowie der Veränderung bei der allgemeinen Versorgungsumlage. Die Umsetzung in den Budgets erfolgte in Abhängigkeit von personalwirtschaftlichen Faktoren und besonderen Fachzielen.
- Reduzierung der Sachkostenansätze 2004 (Gruppierung 52-66) um 2,0 %.

In Budgets mit entsprechenden Haushaltsmitteln:

- Erhöhung des Ansatzes bei der Gebäudeunterhaltung (Gruppierung 50) im Gesamthaushalt um 0,7 Mio. € gegenüber dem Ansatz 2004.
- Festschreibung des Ansatzes bei der Instandhaltung der Betriebsanlagen (Gruppierung 51) im Gesamthaushalt auf den Ansatz 2004.
- Festschreibung der Zuweisungen und Zuschüsse (Gruppierung 70-71), die vertraglich nicht gebunden sind, auf den Ansatz 2004.

Neben den Finanzziele war im Rahmen der Bewirtschaftung eine Globale Minderausgabe in Höhe von 1 Mio. € (Aufteilung: 20 % Personalausgaben, 80 % Sachausgaben Gruppierungen 50-66) umzusetzen.

Trotz erheblicher Kürzungen bei der Planaufstellung, der Aufnahme der Globalen Minderausgabe und der Erhöhung der Hebesätze für die Grund- und die Gewerbesteuer war es – insbesondere aufgrund der weiterhin niedrigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer – nicht möglich, für das Haushaltsjahr 2005 einen Haushaltsplan aufzustellen, der die Mindestzuführung an den Vermögenshaushalt in der notwendigen Höhe enthalten hätte.

Aufgrund der Systematik des Finanzausgleichs und der Entwicklung der Steuereinnahmen in Baden-Württemberg konnte davon ausgegangen werden, dass der Haushaltplan 2006 nicht nur ausgeglichen werden sondern auch die Deckungslücke aus 2005 mit ausgleichen könnte. Aus diesem Grund wurde entschieden, erstmals einen Doppelhaushalt für die Jahre 2005/2006 vorzulegen.

Bei der ersten Prognose im Frühjahr 2005 musste bei der Gewerbesteuer – trotz Erhöhung des Hebesatzes – von Mindereinnahmen in Höhe von 3,0 - 3,5 Mio. € ausgegangen werden. Im weiteren Verlauf des Jahres verbesserte sich die Situation leicht; der bundesweite positive Trend zeigte, allerdings nur in abgeschwächter Form, auch in Heidelberg Wirkung, sodass der Ansatz nur um 1,4 Mio. € verfehlt wurde.

Das Steueraufkommen im ersten Quartal ließ auch geringere Einnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in einer Größenordnung von 0,5 - 0,8 Mio. € erwarten. Auch hier veränderte sich das Aufkommen im Jahresverlauf positiv, sodass im Ergebnis der Haushaltsansatz nur geringfügig unterschritten wurde.

Durch die großen gesetzlichen Veränderungen bei den Leistungen der Sozialhilfe (Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände und Übertragung der Aufgaben auf die Stadt- und Landkreise sowie Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Hartz IV) waren die Haushaltsansätze mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Im Ergebnis wurden die Ansätze in diesem Bereich um 3,2 Mio. € unterschritten – insbesondere bei der vom Landeswohlfahrtsverband übernommenen Eingliederungshilfe und den Aufwendungen für ausländische Flüchtlinge.

Insgesamt schließt der Verwaltungshaushalt mit einem Einnahmeüberschuss von 5,15 Mio. € ab. Damit wurde nicht nur die veranschlagte Zuführung an den Vermögenshaushalt von 2,46 Mio. € sondern auch die gesetzliche Mindestzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung und der Kreditbeschaffungskosten von 3,27 Mio. € überschritten. Auf die Umsetzung von Haushaltssperren konnte daher erstmals seit mehreren Jahren wieder verzichtet werden.

II. Verwaltungshaushalt

1. Steuern, allgemeine Zuweisungen

- 0,293 Mio. €

Zur Jahresmitte noch deutlich negativer eingeschätzt entwickelten sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer doch noch positiver, sodass der Haushaltsansatz nur um 1,4 Mio. € verfehlt wurde.

Mit dem Haushaltserlass wurde der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf 3,3 Mrd. € geschätzt. In der Endabrechnung wurde diese Prognose nur knapp unterschritten; das Heidelberger Ergebnis blieb um 0,083 Mio. € unter dem Ansatz.

Die Eckdaten für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen vom Land aus dem Haushaltserlass vom November 2004 wurden nur geringfügig nach unten korrigiert. Durch die in 2005 eingegangenen Nachzahlungen aus der Korrektur der Einwohnerzahlen für die Jahre 2003 und 2004 konnte der Ansatz fast erreicht werden.

Mehreinnahmen in Höhe von 1,5 Mio. € gingen bei der **Grunderwerbsteuer** ein.

2. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (Gruppierung 1)	+ 1,3 Mio. €
--	---------------------

Wesentliche Ursache für die Mindereinnahmen bei **Gebühren und ähnlichen Entgelten** in Höhe von 1,2 Mio. € waren die Abwassergebühren durch die weiterhin rückläufige Abwassermenge sowie die Verringerung der für die Berechnung der Niederschlagswassergebühr maßgeblichen Grundstücksflächen.

Geringere Mieteinnahmen bei der Versorgung ausländischer Flüchtlinge waren der wesentliche Grund für die Mindereinnahmen bei den **Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten u. a.** von 0,734 Mio. €.

Die Mindereinnahmen werden insgesamt mehr als ausgeglichen durch Mehreinnahmen bei den **Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebseinnahmen**. Gründe sind die verstärkte Abwicklung von Altfällen im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die höheren Erstattungen für die Gebäudebewirtschaftung sowie die Verarbeitung zusätzlicher Mengen Biomüll in Heidelberg.

3. Sonstige Finanzeinnahmen (Gruppierung 2)	+ 2,6 Mio. €
--	---------------------

Die Mehreinnahmen entstanden überwiegend (+ 5,8 Mio. €) durch die Buchung der **Budgetabschlüsse** der einzelnen Ämter.

Mindereinnahmen sind zu verzeichnen bei den **Kalkulatorischen Einnahmen** (- 3,4 Mio. €) infolge der Verschiebung der Schließung der Müllsauganlage Emmertsgrund. Dadurch hat sich auch die im Ansatz enthaltene Sonderabschreibung verschoben.

4. Personalausgaben (Gruppierung 4)	- 0,146 Mio. €
--	-----------------------

Das Ergebnis wurde nur möglich, indem in Zusammenarbeit mit den Fachämtern die restriktive Personalwirtschaft unter Vermeidung bzw. Verzögerung von externen Einstellungen und die konsequente Ausschöpfung sich bietender Rationalisierungsmöglichkeiten fortgeführt wurde.

5. Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gruppierung 5 u. 6)	- 4,5 Mio. €
--	---------------------

Aufgrund der Globalen Minderausgabe blieben mit wenigen Ausnahmen alle Ausgaben im Bereich der **Ausgabegruppierungen 50 – 66** unter ihren Ansätzen. Innerhalb der einzelnen Gruppierungen verteilen sich die Minderausgaben auf zahlreiche verschiedene Haushaltsstellen.

6. Zuweisungen und Zuschüsse (Gruppierung 7)	- 3,9 Mio. €
---	---------------------

Die Ausgabenansätze für die **Zuweisungen und Zuschüsse** für laufende Zwecke wurden in der Regel auf den Haushaltsansatz 2004 festgeschrieben.

Minderausgaben von rd. 0,5 Mio. € ergaben sich bei der **Jugendhilfe**.

Die Aufwendungen der **Sozialhilfe** blieben im Ergebnis um insgesamt rund 3,2 Mio. € hinter den Ansätzen zurück. Einsparungen im größeren Umfang gab es dabei bei den vom Landeswohlfahrtsverband übernommenen Eingliederungshilfen; eine konsequente Überprüfung der tatsächlichen örtlichen Zuständigkeit als auch der Einsatz des Instruments der Hilfeplanung führten hier zu entsprechenden Entlastungen. Rückläufig waren ebenso die Aufwendungen für ausländische Flüchtlinge infolge eines Rückgangs der Fallzahlen.

7. Sonstige Finanzausgaben (Gruppierung 8)	+ 12,2 Mio. €
---	----------------------

Durch die Buchung der **Budgetabschlüsse** der Ämter entstanden Mehrausgaben von insgesamt 9,7 Mio. €.

Insbesondere wegen der positiven Entwicklung im letzten Quartal schließt der Verwaltungshaushalt 2005 mit einem Einnahmeüberschuss in Höhe von 5,147 Mio. € ab. Damit gelingt es nicht nur die planmäßig veranschlagte **Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt** zu übertreffen (+ 2,7 Mio. €); darüber hinaus wird sogar die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung (3,273 Mio. €) mehr als erreicht.

III. Vermögenshaushalt

1. Einnahmen (Gruppierung 3)	- 16,8 Mio. €
-------------------------------------	----------------------

Mehreinnahmen entstanden durch die höhere **Zuführung vom Verwaltungshaushalt** (+ 2,7 Mio. €).

Geringere Einnahmen als geplant waren vor allem bei den **Erlösen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens** (- 12,2 Mio. €) zu verzeichnen und hier insbesondere bei Grundstücken, da geplante größere Verkäufe nicht vollzogen werden konnten.

Auf die geplante **Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage** konnte verzichtet werden (- 4,0 Mio. €).

Kredite für Investitionen wurden in Höhe von 10,0 Mio. € neu aufgenommen. Hierfür stand aus dem Vorjahr ein Haushaltseinnahmerest von 8,3 Mio. € zur Verfügung. Neu gebildet wurde ein Einnahmerest von 17 Mio. €. **Kredite für Umschuldungen** wurden im Umfang von 3,1 Mio. € getätigt. Damit liegen die Kreditaufnahmen insgesamt um 2,9 Mio. € unter dem Planansatz.

2. Ausgaben (Gruppierung 9)	- 16,8 Mio. €
------------------------------------	----------------------

Statt der geplanten Entnahme aus der Rücklage konnte eine **Zuführung an die Rücklage** in Höhe von 2 Mio. € erfolgen. Der Bestand der Allgemeinen Rücklage zum 31.12.2005 beläuft sich auf 16,3 Mio. €. Er liegt damit um 8,3 Mio. € über der Mindestrücklage mit 8 Mio. €.

Da im Berichtsjahr insbesondere noch kein wesentlicher Erwerb von Teilflächen der „Bahnstadt“ vollzogen wurde und auch der Grundstückserwerb für Kleingärten nicht wie geplant durchgeführt werden konnte, blieb das Ergebnis des **Vermögenserwerbs – Grundstücke** – um 3,8 Mio. € unter dem Ansatz im Haushaltsplan.

Für **Baumaßnahmen** wurden 13 Mio. € weniger verausgabt als geplant. Zu deutlichen Minderausgaben kam es bei den Maßnahmen „Neubau Gregor-Mendel Realschule“, „Altes Hallenbad“ sowie den Straßenbaumaßnahmen „B3 Brückenstraße bis Hans-Thoma-Platz“ und „Rohrbacher Straße“.

Im Vermögenshaushalt wurden **Haushaltsausgabereste** in Höhe von 13,6 Mio. €, **Haushaltseinnahmeregreste** in Höhe von 17 Mio. € gebildet.

Ausgaben in Höhe von insgesamt 5,1 Mio. €, 1,2 Mio. € weniger als geplant, fielen für ordentliche **Tilgungen** und **Umschuldungen** an. Der Schuldenstand zum 31.12.2005 beträgt 132,3 Mio. €. Daraus errechnet sich ein Schuldenstand von 926 € je Einwohner.

gez.

Beate Weber

Anlage zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Rechenschaftsbericht 2005